

**Rede  
zur Einbringung des Haushaltes 2017  
und der  
Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2017 - 2021**

**Stadtkämmerer Hubert Große-Ruiken**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren!

**Folie 1**



Wir bringen heute den Haushalt 2017 und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis 2021 ein. Diese Haushaltseinbringung steht unter unglücklichen Vorzeichen. Denn die Eckdaten die ich Ihnen vorstelle, sind in einer wichtigen Kernaussage schon wieder überholt. Ich nehme es vorweg: ich präsentiere Ihnen einen ausgeglichenen genehmigungsfähigen Haushalt nach dem Stand vom 19.08.2016. Seitdem wir die Eckdaten des Kreishaushaltes seit dem 06.09.2016 kennen, ist unsere ganze Arbeit der vergangenen Monate wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Sie können sich vorstellen, wie frustriert man dann ist. Man schätzt, wägt ab und rochiert und kommt zum Ziel! Dann kommt aber der böse Junge von neben an, klatscht in die Hände und alles war umsonst.

Die daraus resultierenden Folgen, und diese sind gravierend, meine Damen und Herren, müssen wir nun im Beratungsverfahren bewältigen.

Ich habe aufgrund dieser Rahmenbedingungen die Präsentation der Eckdaten gegenüber den Vorjahren etwas geändert. Ich werde Ihnen zunächst die Punkte nennen, bei denen unser Entwurf noch richtig ist und auf die Sie Ihre Beratungen aufbauen können. Am Schluss werde ich dann auf die Umlagen zu sprechen kommen, die alles in Frage stellen.

## **I. Haushalt 2016**

Ich möchte beginnen mit dem Jahr 2016. Sie können sich sicherlich an die Schwierigkeiten erinnern, den Haushaltsausgleich darzustellen. Dafür war sogar eine Ehrenrunde am 23.03.2016 notwendig. Wir haben es dann durch glückliche Umstände ohne doppelte Konsolidierungshilfe doch noch geschafft.

Der Verlauf des Jahres übertrifft diese positive Wendung nun noch. Sie haben soeben unter Punkt 6 der Tagesordnung den Bericht zur Haushaltsentwicklung 2016 mit dem Stichtag 30.06.2016 zur Kenntnis genommen. Darin steht, dass wir Ende 2016 noch einmal deutlich besser sein werden als in der Planung. Wenn nichts Ungewöhnliches passiert, zeichnet sich in der Tat ein Überschuss von rd. 3 Mio. € ab.

Das ist Geld, das wir gut gebrauchen können, aber auch Geld, das wir bitter nötig haben. Leider verführen jedoch temporäre Überschüsse dazu, neue Begehrlichkeiten zu wecken, die leider oftmals nicht temporär sind. Ich muss deshalb vor der Euphorie warnen, wir hätten neue Spielräume.

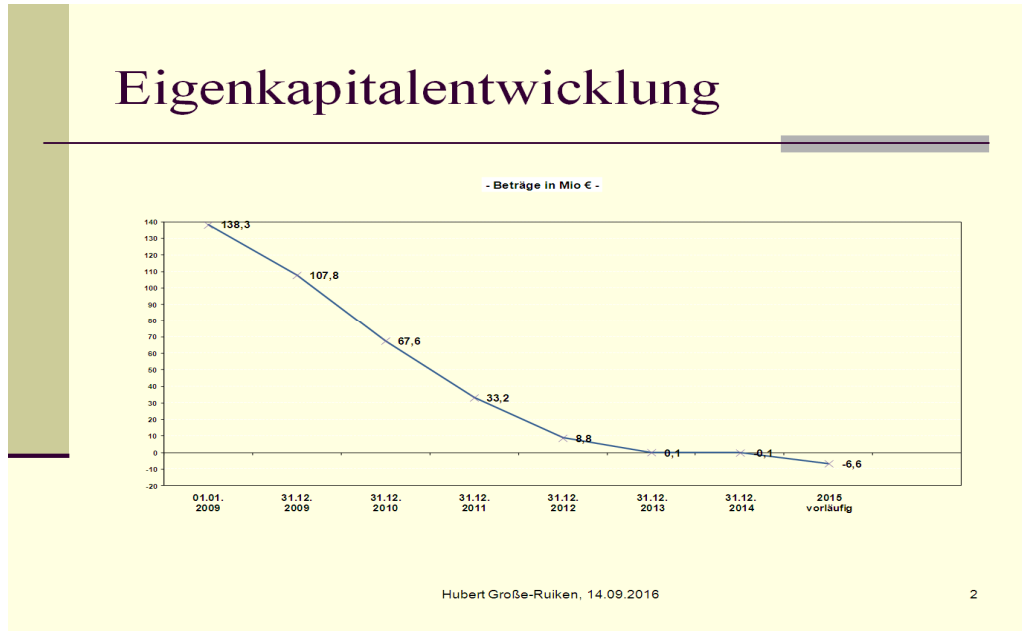
Läuft der Haushalt wiederholt besser als erwartet, gerät der mahnende und warnende Kämmerer unter Druck, weil ihm das niemand mehr abnimmt. Er ist der Spielverderber und die Spaßbremse, der als Schwarzmaler ständig von der positiven Realität widerlegt wird. Je länger dieses Dilemma andauert und je öfter sich das wiederholt, desto schlimmer wird es.

Genau vor dieser Situation stehen wir wieder in 2017. Die guten Zahlen der Vorjahre und auch 2016 setzen sich planerisch in 2017 nicht fort. Und erneut muss ich in die Mahner- und Warnerrolle schlüpfen und aufzeigen, was nicht geht. Aber glaubt man mir? Wenn es dann doch geht, leidet wieder meine Glaubwürdigkeit. Ein Teufelskreis, meine Damen und Herren. Dabei ist das Wohl oder Wehe des Haushaltes von so vielen Schraubchen und Zufälligkeiten abhängig, dass ich sie gar nicht aufzählen kann. Und Glück gehört manchmal eben auch dazu. Häufiges Glück macht dagegen verführerisch! Zu häufiges Glück macht großmütig! Ich warne davor, auf die Glückskarte zu setzen!

## II. Eigenkapital

Ein Blick auf die Jahresabschlüsse zeigt, aus welcher dramatischen Lage wir kommen und was wir inzwischen für die Haushaltssanierung getan haben.

### Folie 2



Am 01.01.2009 sind wir mit einem Eigenkapital von 138,3 Mio. € in das NKF gestartet. Danach setzte ein dramatischer Eigenkapitalverzehr ein, der das Eigenkapital bis Ende 2013 aufgezehrt hat.

Seit Beginn der Haushaltssanierung in 2012 ist der Eigenkapitalverzehr deutlich zurückgegangen, obwohl wir für die Liquiditätskredite in Schweizer Franken hohe Wertberichtigungen vornehmen mussten.

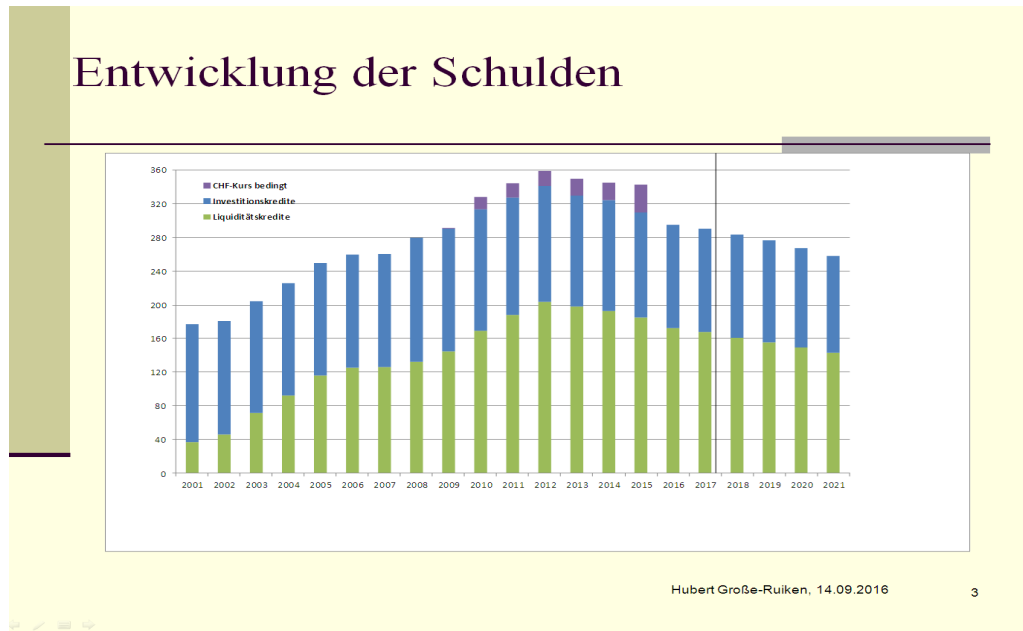
In 2014 ist dann die bilanzielle Überschuldung mit knapp 100.000,- € eingetreten. In 2015 haben wir ein weiteres schlechtes Ergebnis eingefahren, aber nur deshalb, weil die Schweizerische Nationalbank den Kurs des Franken freigegeben hat. Ohne diese Wertberichtigung hätten wir bereits in 2015 nicht nur den Haushaltsausgleich erzielt, sondern einen deutlichen Überschuss gehabt.

Ab 2016 wird es keinen Eigenkapitalverzehr mehr geben, weil wir bekanntlich ab 2016 die Haushalte ausgleichen müssen. Ab 2016 bauen wir somit die bilanzielle Überschuldung wieder ab.

### III. Verschuldung

#### Folie 3

Ein Spiegelbild des Eigenkapitalverzehrs ist die Verschuldung. Ein wichtiger Baustein unserer Haushaltssanierung ist daher der Abbau der Verschuldung.



Beim Schuldenabbau haben wir in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht, auch wenn uns das Kursproblem des Schweizer Franken bei den Rückzahlungsverpflichtungen drückt. Der Abbau wird sich fortsetzen, meine Damen und Herren, wenn wir investieren, aber ohne Kredite. In den letzten drei Jahren haben wir bei den Investitionskrediten 8 Mio. € abgebaut, obwohl wir für 7,2 Mio. € das Stromnetz gekauft haben. Von 2008 bis 2016 haben wir sogar 25 Mio. getilgt. Nach dem jetzigen Stand der Dinge können wir bis 2021 weitere 7 Mio. € abbauen, wahrscheinlich aber eher mehr. Die Investitionskredite sinken dann auf 115,9 Mio. €. Wir werden aber, und das ist die Kehrseite, nicht viel investieren können! Das können wir auch deshalb nicht, weil Investitionen neue Abschreibungen produzieren, die wir dann im Ergebnishaushalt finanzieren müssen. Auch das können wir nicht.

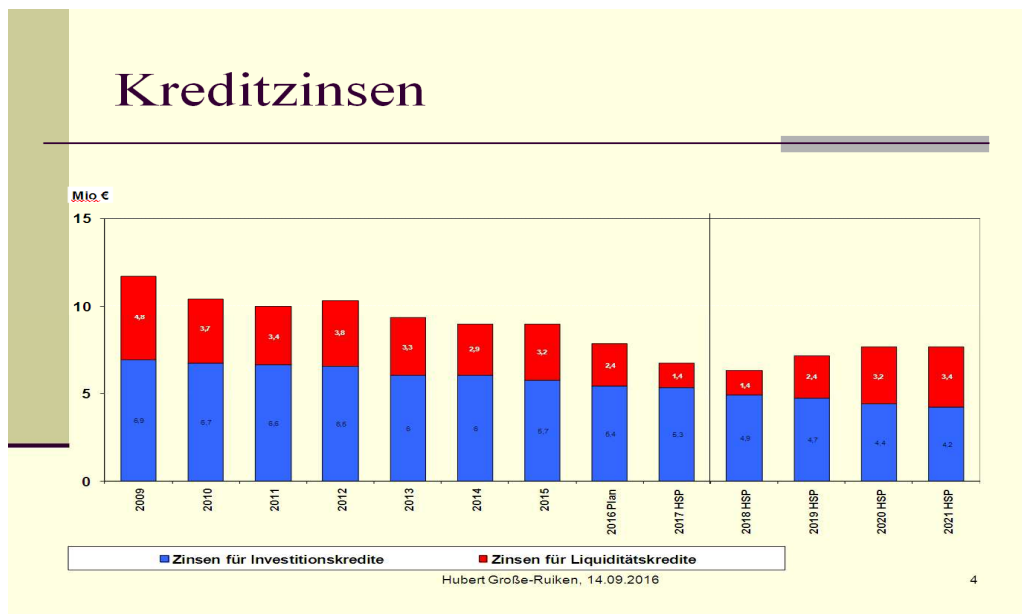
Viele Stimmen fordern, angesichts der Niedrigzinsphase zu investieren. Ich gebe auch zu, angesichts des Investitionsstaus bei unserer Infrastruktur ist das verlockend. Aber abgesehen davon, dass man, selbst wenn man keine Zinsen zahlt, die Kredite auch mal wieder tilgen muss, bitte ich Sie, bei der Verwendung des Investitionsbegriffs aufzupassen. Vieles, was unter den Begriff der Investition gepackt wird, ist in Wirklichkeit laufender Aufwand und darf gar nicht über Kredite, sondern muss durch laufende Erträge finanziert werden. Und das wiederum belastet den Haushaltsausgleich. Sie sehen die

Verbindung: wer die marode Infrastruktur sanieren will, muss auch die Frage beantworten, woher das Geld kommen soll, wenn Kredite dafür unzulässig sind und auch der Haushaltsausgleich gesetzt ist!

Parallel dazu wollen wir, das ist der Plan, bis 2021 Liquiditätskredite in Höhe von knapp 30 Mio. € abbauen, auch wenn dies angesichts der Niedrigzinsphase ebenfalls wenig verlockend ist.

Aber die Zinsen werden nicht ewig niedrig bleiben. Wir müssen unsere Haushaltswirtschaft für den mit Sicherheit kommenden Zinsanstieg krisenfest machen. Das derzeitige Zinstief ist nicht eine Einladung zum Schuldenmachen, sondern eine Aufforderung, jetzt die Schulden zurückzuführen. Wir können dann die Zinsersparnis nutzen, um unsere Infrastruktur in Ordnung zu bringen, sofern uns Bund, Land und Umlageverbände hier keinen Strich durch die Rechnung machen. Tilgen wir jetzt nicht die Schulden, dann wird uns der Zinsanstieg einholen und unsere Sparanstrengungen zunichtemachen!

#### Folie 4



Ohnehin ist zu konstatieren, dass uns neben den Steuereinnahmen das Zinstief den Haushalt rettet. Dazu ein Blick auf die Zinslast. Durch den Zinsverfall sparen wir im nächsten Jahr rd. 900.000,- € an Zinsen. Damit finanzieren wir ab 2017 die zusätzlichen Aufwendungen für die Baumkontrolle und Baumpflege. Die Zinsersparnis ist allerdings temporär, die Baumkontrolle und -pflege eine Daueraufgabe. Daraus folgt, dass wir so handeln müssen, dass die Zinseinsparung von Dauer ist – durch Schuldenabbau. Gelingt das nicht, dann ...

Dies könnte auch ein Weg sein, Straßen und Brücken zu sanieren! Aber nicht mit einer Hau-Ruck-Aktion, sondern mit einem wohldurchdachten Programm nach Kassenlage, wenn man keine Steuererhöhungen will!

Wir sollten immer daran denken, dass wir auch bei 140 Mio. € an Kassenkrediten ein Zinsänderungsrisiko von 1,4 Mio. € pro Prozentpunkt Zinserhöhung haben. Der Grafik können Sie entnehmen, dass der Zinsaufwand trotz Entschuldung ab 2018 steigt, weil wir durchaus Zinssteigerungen auf bis zu 2% einplanen; und zwar ohne Gefährdung des Haushaltsausgleichs. Wenn sie nicht kommen, gewinnen wir Spielräume; kommen sie, haben wir entsprechende Vorsorge getroffen.

#### IV. Stand des Haushaltssanierungsplanes

Bevor ich zum Haushalt komme, müssen wir uns mit den HSP-Maßnahmen beschäftigen.

Neben dem Haushaltsausgleich müssen wir die in 2012 gesteckten Sparziele bei den HSP-Maßnahmen erreichen.

Während wir im letzten Jahr über die Kompensation von HSP-Maßnahmen eine intensive Diskussion hatten, kann diese Diskussion in diesem Jahr nach meinem Dafürhalten ausfallen. Denn der Status der HSP-Maßnahmen ist erfreulich. Und: mit den wirklich schmerzhaften Entscheidungen sind wir eigentlich durch. Insofern hoffe ich, dass die noch vor uns liegenden Jahre der Haushaltssanierung – zumindest was die Maßnahmen betrifft – unspektakulär verlaufen.

#### Folie 5

### Status der HSP-Maßnahmen

Status	Anzahl	Zielvolumen 2021	in %	
abgeschlossen	160	6.765.900,00	33,53%	} 98,35%
Steuererhöhungen	11	8.781.900,00	43,52%	
planmäßig verlaufend	27	1.606.588,00	7,96%	
Zinseinsparungen	1	2.298.400,00	11,39%	
neue Maßnahmen	13	393.100,00	1,95%	} 1,65%
noch nicht begonnen	6	157.200,00	0,78%	
aufgegebene oder veränderte Maßnahmen	30	-	0,00%	
nicht planmäßig verlaufend	2	176.000,00	0,87%	
<b>gesamt</b>	<b>250</b>	<b>20.179.088,00</b>	<b>100%</b>	

Betrachtet man den Umsetzungsstand, so sind nach fünf Jahren Haushaltssanierung über 98% des Pensums geschafft. Ich denke, das ist eine stolze Leistung, meine Damen und Herren. Wir reden nur noch über 1,65% des Zielvolumens oder knapp 340.000,- €, die es umzusetzen gilt. Ich denke, das ist eine machbare Aufgabe.

## Folie 6

## HSP-Ziele versus HSP-Status

Jahr	Zielwert 2021	Status	kompensiert durch höhere Konsolidierungshilfe	offen/ Ziel erreicht
2016	18.370.812	15.971.200	2.530.700	131.088
2017	19.405.928	17.062.188	2.561.000	217.260
2018	20.244.188	17.858.188	2.622.000	236.000
2019	21.169.488	18.585.388	2.684.600	100.500
2020	22.040.005	19.299.505	2.742.400	1.900
2021	22.978.888	20.179.088	2.804.100	4.300

Hubert Große-Ruiken, 14.09.2016

6

Wir können auch alle Maßnahmen, bei denen wir das Sparziel nicht erreichen können oder wollen, kompensieren! Es bleibt nichts offen!

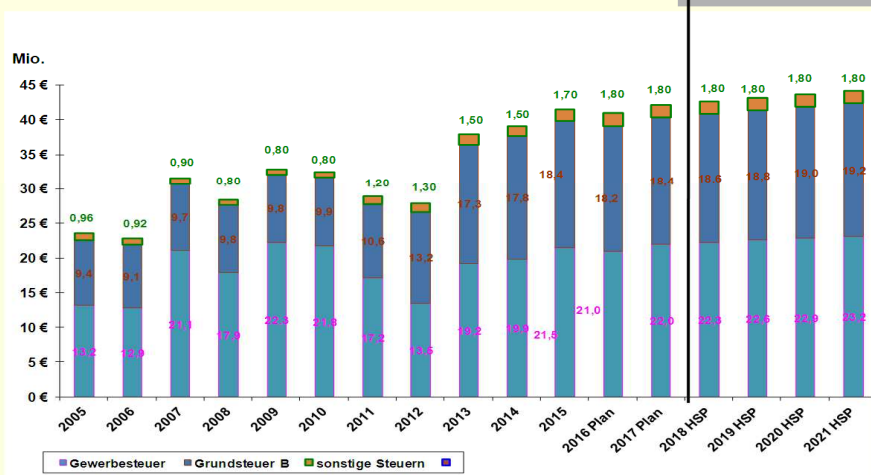
### V. Haushaltsentwurf 2017

Kommen wir nun zum Haushaltsentwurf 2017. Beginnen möchte ich diesmal nicht mit dem Gesamtergebnis, sondern mit den wichtigen Positionen im Haushalt, die ich Ihnen in gewohnter Weise nachstehend erläutern möchte:

#### V.1. Steuern und allgemeine Zuweisungen

Erster Punkt sind, wie gewohnt, die Steuereinnahmen.

## Eigene Steuern



Die Steuereinnahmen verlaufen seit 2013 auch ohne der massiven Steuererhöhungen besser! Sonst wären wir bei der Haushaltssanierung nicht so weit gekommen. Wir haben innerhalb der Stärkungspaktkommunen inzwischen bei weitem nicht mehr die höchsten Steuersätze, sondern gehören zu den Kommunen mit den niedrigeren Steuersätzen. Es hat sich also in unserer Stadt trotz Stärkungspakt viel Positives getan!

Die **Gewerbesteuer** hat seit 2013 stabile Wachstumsraten und die Ergebnisse waren immer deutlich besser als die Planung. Im Hinblick auf die Wechselwirkungen mit den Schlüsselzuweisungen, auf die ich noch zu sprechen komme, habe ich deshalb den Ansatz für 2017 und die Folgejahre um 1,2 Mio. € erhöht.

Auch die Grundsteuern verlaufen erfreulich gut. Hier habe ich die Einnahmeerwartungen um 100.000,- € erhöht.

Der Stadt geht es nicht nur wegen der Steuereinnahmen besser. Wir haben auch bessere ökonomische Randbedingungen, für die wir hart gearbeitet und die unsere Haushalte in den Vorjahren belastet haben. Ich nenne den Stadtumbau Barkenberg, die soziale Stadt Hervest, die Gewerbegebiete. Jetzt tragen diese Anstrengungen Früchte! Unsere Transferquote bei den SGB-II-Leistungen gehört inzwischen zu der geringsten im Kreis und für das ökonomische Wohlergehen einer Stadt zählen nicht allein Grund- und Gewerbesteuer, sondern vor allem Arbeitsplätze, Kaufkraft und eine gesunde Mischung in der Bevölkerungsstruktur. Die Bürger, die Arbeit haben, können Kindergartengebühren zahlen, Beiträge zur OGS leisten und produzieren niedrigere Jugendhil-



feaufwendungen. Gleichzeitig bereichern sie das Stadtleben durch ehrenamtliches Engagement und Hege und Pflege des Wohneigentums. Sie sind dann auch in der Lage und bereit, die Steuern zu bezahlen, die wir ihnen auferlegen.

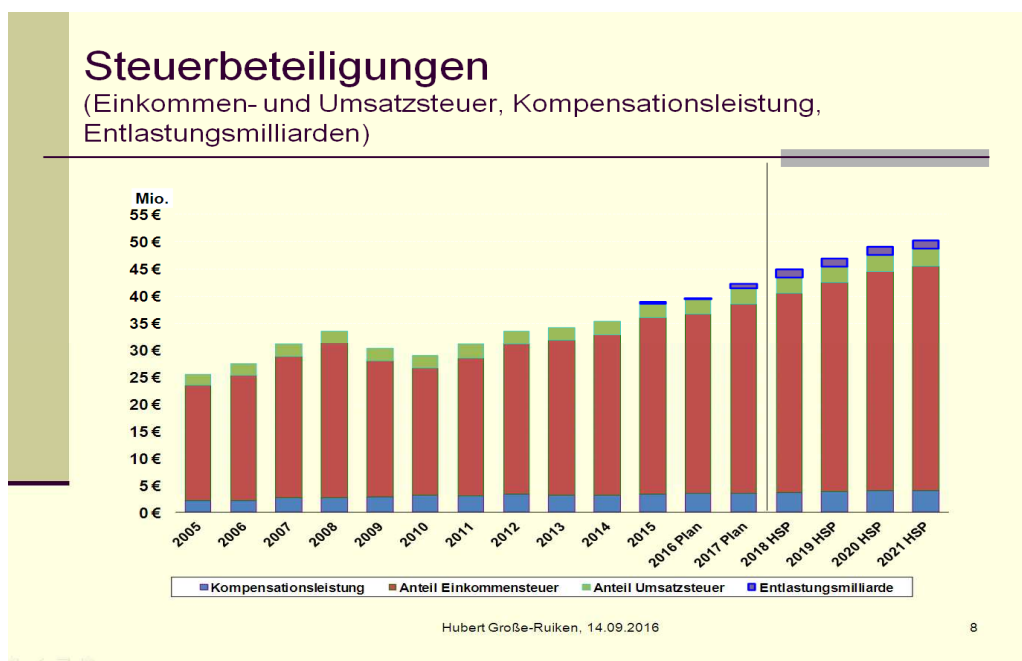
Letztlich benötigen wir auch einfache Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Einfache Arbeit ist aber immer noch besser als Transferleistungen, weil die Arbeit den Menschen neben der Entlohnung einen Sinn, Unabhängigkeit und eine Tagesstruktur gibt.

Überhaupt werden nach meiner Wahrnehmung die Grundsteuerhebesätze überbewertet. Die Bürger, die in Dorsten wohnen wollen, lassen sich nicht durch 100 € mehr an Grundsteuer im Jahr abschrecken. Niemand zieht wegen der Grundsteuer weg! Viel wichtiger ist den Bürgern doch das Umfeld. Wenn es sich bei uns generationenübergreifend gut leben lässt, sind die meisten bereit, hierfür auch etwas zu bezahlen. Ich glaube, dass es sich in Dorsten gut leben lässt. Wir haben den Bürgern trotz der Sparauflagen immer noch viel zu bieten! Schauen Sie sich um. Ich finde, es ist schön in Dorsten, auch wenn zuweilen über den vollen Papierkorb oder das Hundeklo gemeckert wird!

## V. 2. Steuerbeteiligungen

Bei den **Steuerbeteiligungen** werden wir in 2017 rd. 500.000 € mehr erhalten, als in den ursprünglichen Prognosen.

### Folie 8



Die Steuerbeteiligungen habe ich nach den Orientierungsdaten des Landes kalkuliert.

Zu beachten ist besonders der dunkelblaue Balken. Das sind die sog. „Entlastungsmilliarden“ des Bundes zur Entlastung der Kommunen von der Eingliederungshilfe. Auf dieses Thema wird gleich noch einzugehen sein. Diese Entlastungsmilliarden kommen den Kommunen auf drei Wegen zugute:

- Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird bundesweit um 2,4 Mrd. € aufgestockt; davon kommen in Dorsten 1,5 Mio. € an; 0,9 Mio. € in 2017 und der Rest in 2018. Nur diese Beträge finden sich in der o. a. Grafik wieder.
- 1,6 Mrd. € erhalten die Träger der SGB-II-Leistungen, also die Kreise und kreisfreien Städte über eine höhere Bundesbeteiligung an den KdU-Kosten. Der Kreis Recklinghausen erhält dadurch 18,4 Mio. € zusätzlich; davon 6 Mio. € bereits seit 2016 und den Rest ab 2018.
- Die restliche Milliarde wird das Land NRW ab 2018 über die Schlüsselzuweisungen verteilen. Das ist im Dorstener Haushalt noch nicht berücksichtigt!

Das Land hält also Wort und leitet die Bundesentlastung vollständig an die Kommunen weiter!

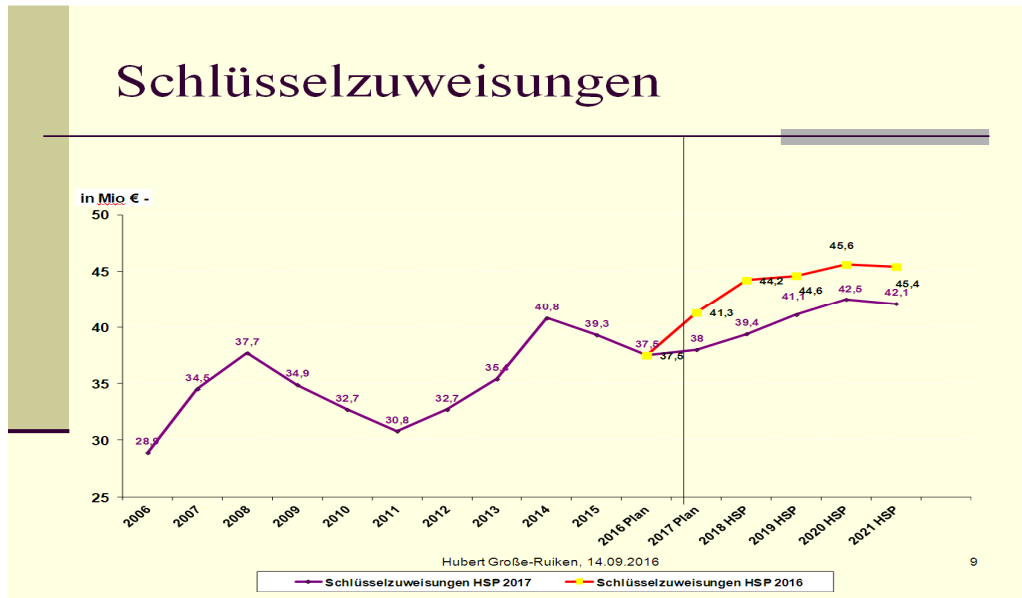
In diesen Zahlen findet sich nichts über Flüchtlinge und Asyl, weil die Bundesbeteiligung an diesen Kosten über andere Finanzströme an die Kommunen fließt. Ich werde gleich beim Thema Flüchtlinge und Asyl hierauf zurückkommen.

Meine Damen und Herren, wir gehen Wahlkampfzeiten entgegen. In Berlin werden im Vorfeld der Bundestagswahl bereits eifrig Steuersenkungspläne geschmiedet. Erinnern Sie bitte Ihren Bundestagsabgeordneten daran, dass die Steuersenkungen in Berlin die Steuererhöhungen in den NRW-Kommunen sind. Denn die Steuersenkungspläne in Berlin werden wir über einen geringeren Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer und geringeren Schlüsselzuweisungen mitbezahlen. Das können wir nicht! Wir würden auch gerne die Grundsteuer senken, können das aber nicht. Daher wird Dorsten das, was Berlin den Bürgern gibt, den Dorstener Bürgern über eine Grundsteuererhöhung wieder nehmen müssen. Berlin mag die Steuern senken, dann aber bitte so, dass die Kommunen nicht belastet werden. Senkt der Bund den Solidaritätszuschlag, hätten wir nichts dagegen!

### V.3. Schlüsselzuweisungen

Bei den Schlüsselzuweisungen wiederholt sich das, was ich bereits im letzten Jahr an dieser Stelle erläutert habe. Wir bekommen 3,3 Mio. € weniger als eingeplant.

#### Folie 9



Die Schlüsselzuweisungen sind entscheidend von fünf Parametern abhängig:

- Wie viel ist im Topf?
- Wie wird der Topf verteilt?
- Wie hoch ist die eigene Steuerkraft?
- Wie verteilt sich die Steuerkraft auf den Zeitraum 01.07. eines Jahres bis 30.06. des Folgejahres?
- Wie hoch ist die Steuerkraft aller Kommunen in NRW?

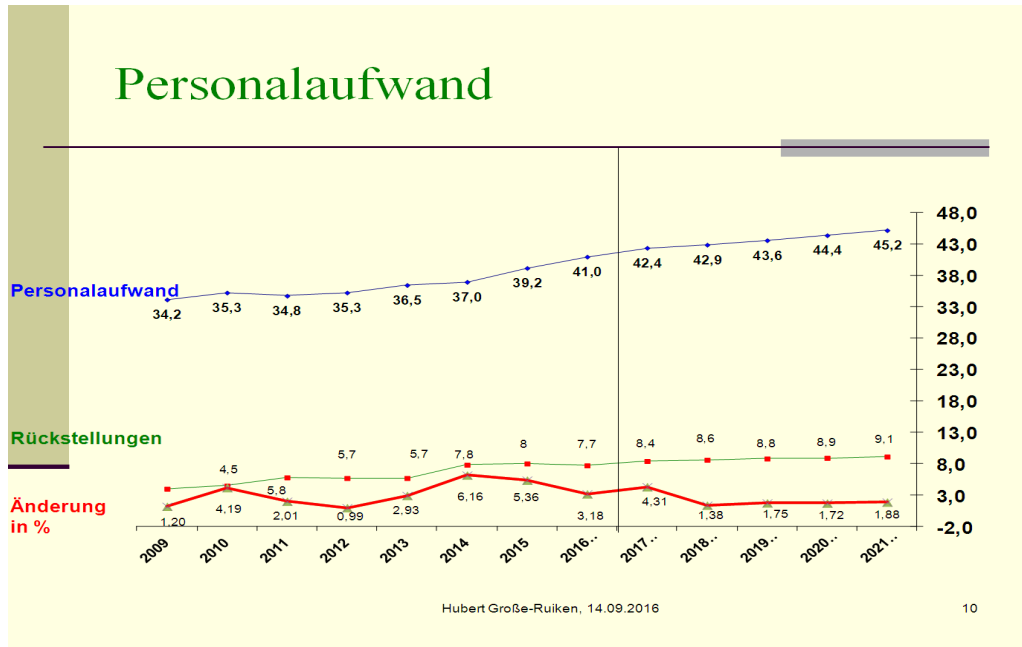
Bei der Analyse, warum wir weniger bekommen, war die Antwort diesmal einfacher zu finden, als im letzten Jahr. In den Orientierungsdaten des Landes aus dem Vorjahr wurde prognostiziert, dass in 2017 rd. 5,5% mehr im Topf sind. Z. Z. sind allerdings nur 1,76% mehr drin; dieser Wert kann sich noch ändern, weil Stichtag für die Berechnung der 30.09.2016 ist. Jetzt können wir hoffen, dass der Topf voller wird; das Gegenteil kann aber auch eintreten. Geben wir also die Hoffnung nicht auf!

Letztlich bleibt die Prognose der Schlüsselzuweisungen ein Lotteriespiel.

## V.4. Personalaufwendungen

Bei den **Personalaufwendungen** rechnen wir bereits seit mehreren Jahren mit einer Steigerung von jährlich 2%, obwohl uns die Orientierungsdaten des Landes eigentlich 1,0% verordnet haben.

Folie 10



Der Rest, so ist die Auffassung des Landes, muss dann durch Personalabbau, Wiederbesetzungssperren und ähnliches. eingespart werden. Das tun wir aber bereits seit Jahren. Die obenstehenden Personalausgaben sind nämlich nicht 100%, sondern nur 95% unseres Aufwandes. Wir ziehen bereits seit Jahren mit dem Faktor der sog. „personalwirtschaftliche Maßnahmen“ 5% von den Ansätzen ab. Wir haben also permanent rd. 40 Vollzeitstellen unbesetzt, sei es durch Fluktuation oder Langzeitkranke. Wir sind damit an der Grenze dessen, was noch möglich ist; vielleicht haben wir sie manchmal sogar überschritten.

Die Personalnot in der Verwaltung schlägt sich im Stellenplan 2017 nieder! Wir richten rechnerisch 22,5 neue Vollzeitstellen ein. Ich nenne drei wesentliche Bereiche:

- Die im Zuge der Flüchtlingswelle außerhalb des Stellenplans eingerichteten Stellen mussten aufgenommen werden, haben aber einen sog. „KW-Vermerk“ erhalten. Sie fallen also wieder weg, wenn der Grund ihrer Einrichtung wegfällt.
- Das Gutachten für das Tiefbauamt hat uns attestiert, dass wir für die Baumkontrolle und –pflege mehr tun müssen.

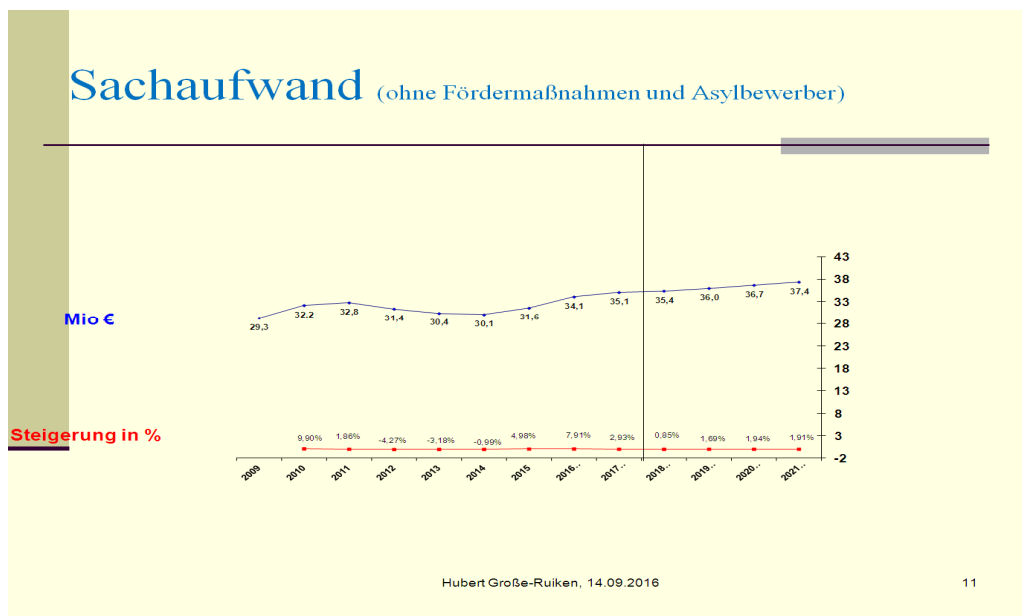
- Für Feuerwehr und Rettungsdienst müssen zusätzliche Stellen eingerichtet werden, um die Vorgaben aus dem Brandschutzbedarfsplan und dem Rettungsdienstbedarfsplan zu erfüllen.

Finanziell belastet uns das arg, weil die damit verbundenen Aufwendungen nicht temporär sind. Das ist riskant, meine Damen und Herren. Wir können uns von diesen Aufwendungen nicht ohne Weiteres wieder lösen, wenn es uns finanziell wieder schlechter gehen sollte. Ich weiß aber auch keine Alternative. Wir haben die großen Förderprojekte zu bewältigen, die Standards werden nicht zurückgefahren, sondern erhöht und die externen Ursachen tun ihr Übriges. Für die eigentliche konzeptionelle Arbeit fehlt uns das Personal, weil wir kaum wissen, wie wir das Tagesgeschäft bewältigen sollen. Es ist ein Teufelskreis.

## V.5 Sachaufwand

Der lfd. Sachaufwand steigt in 2017 moderat an. Ein besonderer Mehraufwand entsteht für die Baumpflege. Hierfür haben wir 400.000,- € eingeplant. Aber auch für die lfd. Grünpflege müssen wir mehr ausgeben, obwohl der Standard unverändert bleibt. An Ausschreibungsergebnissen kommen wir eben nicht vorbei.

### Folie 11



Damit sind die Probleme nicht gelöst! Wir benötigen dringend mehr Geld für die Instandhaltung unserer Infrastruktur. An Gebäuden, Straßen und Grünanlagen ist der Substanzverzehr unverkennbar. Das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz mit 6 Mio. € und das Programm des Landes „Gute Schule 2020“ wird uns helfen, Gebäude zu sa-

nieren und zu modernisieren. Für die Straßen und Brücken haben wir aber keine Lösung.

## V.6. Transfers für Asylbewerber

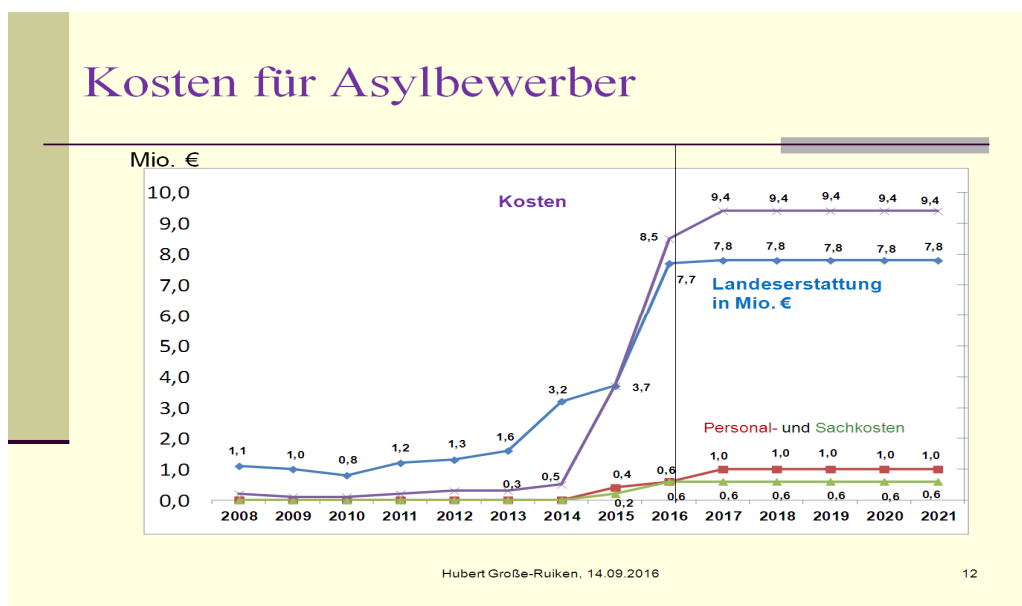
Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen ist allgemein bekannt.

Wir haben wegen der Flüchtlinge, und das halte ich als Signal nach draußen für sehr wichtig, keine Haushaltsprobleme! Die Kostenerstattung von 10.000,- € je Flüchtling und Jahr, die es ab 2017 geben wird, wird unsere Kosten decken! In anderen Kommunen ist das anders. Wir profitieren, meine Damen und Herren, vom bürgerschaftlichen Engagement dieser Stadt. Und wir haben – zumindest zur Zeit – keine Unterbringungsprobleme und müssen keine kostspieligen Neubauprogramme auf den Weg bringen.

Uns hilft auch die Zentrale Unterbringungseinheit an der Marler Straße/Bochumer Straße mit der Platzanrechnung auf die Unterbringungsquote. Wenn diese demnächst vom Land für längere Zeit geführt wird, haben wir neben der Platzanrechnung auch eine mittelfristige Planungssicherheit, haben eine Nutzung für die Gebäude, vermeiden Stillstandskosten und können in Ruhe die Nachfolgenutzung des Areals vorbereiten.

Im Haushalt haben wir uns auf die Unterbringung von 800 Flüchtlingen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingerichtet. Das macht in Einnahme und Ausgabe 8 Mio. €.

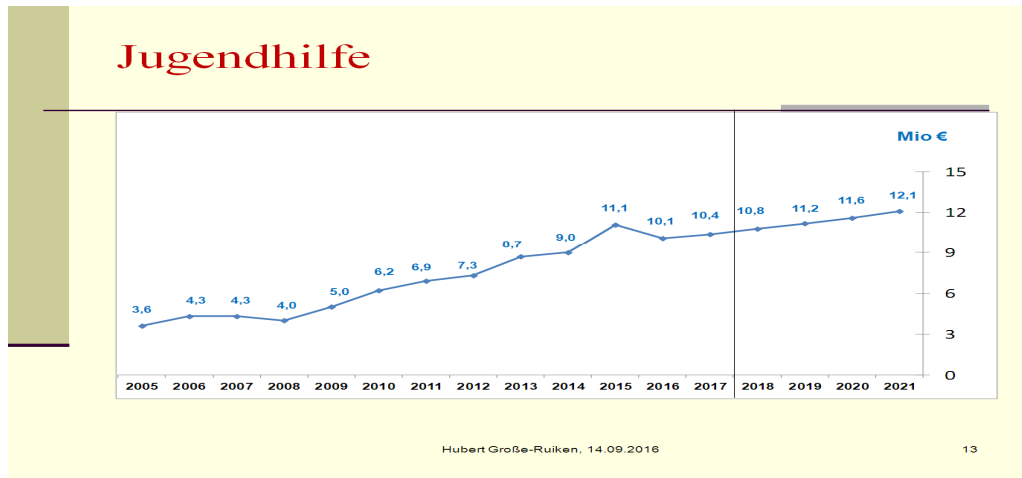
### Folie 12



## V.7. Jugendhilfe

Große Sorgen haben uns bisher die Kosten der Jugendhilfe bereitet.

Folie 13



Der Verlauf des Jahres 2016 verheißt jedoch Hoffnung: den Zenit in 2015 werden wir nicht wieder erreichen. Die Kosten scheinen sich – wenn auch auf hohem Niveau – zu stabilisieren. Zudem werden wir ab 2017 eine Kostenbremse in unsere Verträge mit den Trägern einbauen, die es uns hoffentlich ermöglicht, einen Stillstand zu erreichen.

Des Weiteren haben wir im Jugendamt organisatorische Verbesserungen auf den Weg gebracht, die hoffentlich zu einem besseren Controlling und Fallmanagement führen. Sollte dies so eintreten, hat sich die externe Untersuchung auf jeden Fall gelohnt. Keinesfalls dürfen wir die Hände in den Schoß legen und die Kosten der Jugendhilfe als „unvermeidlich und gottgegeben“ akzeptieren oder gar tabuisieren. Dies wünsche ich mir auch für andere Aufgabenbereiche.

Wir müssen auch ein kritisches Auge auf die Anbieter der Jugendhilfe werfen, die allzu schnell von der Bedarfsdeckung zur Bedarfsweckung übergehen, weil es mit der Jugendhilfe Geld zu verdienen gibt und sich nur volle Einrichtungen rentieren. Wir haben uns im Rathaus vorgenommen, dem entschlossen entgegenzutreten! Wir werden Ihnen vorschlagen, zu diesem Zweck die Dorstener Arbeit – eine städt. Gesellschaft – in Stellung zu bringen, damit wir eine eigene Steuerungsmöglichkeit haben. Wir haben dann die Möglichkeit, das Geld, das die Jugendhilfeanbieter verdienen, in unserem Unternehmen Stadt anzulegen. Das ist im Übrigen eine ausdrückliche Empfehlung von IMA-KA. Ein bisschen Konkurrenz tut auch den Jugendhilfeanbietern ganz gut.

## VI. Der Haushaltsausgleich

Nach diesen Einzelheiten komme ich nun zur Gretchenfrage: Wie steht es nun mit dem Haushaltsausgleich, der ab 2016 **für jedes Jahr** gesetzt ist?

Meine Damen und Herren, die Platzierung dieser Botschaft war eine der großen Herausforderungen meines Vortrages.

### Folie 14

## Fehlbedarfsentwicklung Haushaltentwurf 2017

Jahr	Fehlbedarf (-) Überschuss lt. HSP 2016	Entwurf Haushalt 2017	Differenz
2015	-3.208.684 €		
2016	194.197 €		
2017	307.112 €	251.278 €	-55.834 €
2018	2.861.405 €	626.868 €	-2.234.537 €
2019	3.675.043 €	662.440 €	-3.012.603 €
2020	3.095.073 €	1.939.921 €	-1.155.152 €
2021	1.111.188 €	304.567 €	-806.621 €

Hubert Große-Ruiken, 14.09.2016 7

Mit dem Entwurf unseres Haushaltes, den wir Ihnen vorlegen, erreichen wir dieses Ziel. Wir könnten, wenn sich zwischenzeitlich nichts geändert hätte, diesen Entwurf heute sogar genehmigungsfähig beschließen. Ich hätte gerne am Ende meiner Rede folgendes Fazit gezogen:



## Plan-Fazit

---

- **Alle Haushalte bis 2021 sind ausgeglichen!**

**und**

- **Wir müssen über die vorgeschlagenen neuen Kompensationsmaßnahmen hinaus keine weiteren Maßnahmen finden!**

**und**

- **Wir müssen die Steuersätze nicht erhöhen!**

Hubert Große-Ruilken, 14.09.2016 8

Leider wird es dazu nicht kommen. Denn ich komme jetzt zu den Umlagehaushalten, die alles über den Haufen werfen.

## VII. Kreisumlage

Über die Kreisumlage ist in den vergangenen Jahren viel diskutiert worden und es gibt neuen Diskussionsbedarf.

Sie haben es bestimmt in der Zeitung gelesen, der Kreis hat uns am 06.09.2016 seine Haushaltszahlen für 2017 bis 2021 kundgetan. Diese Zahlen sind desaströs.

## Folie 16

## Auswirkungen des Kreishaushaltes auf unseren Haushalt

Ergebnis lt. Haushaltsentwurf	251.278,00	626.868,00	662.440,00	1.939.921,00	304.567,00
Kreisumlage	-1.447.000,00	-2.056.000,00	-3.116.000,00	-3.808.000,00	-3.802.000,00
SGB-II-Umlage	-185.000,00	-150.000,00	85.000,00	-99.000,00	-266.000,00
ÖPNV-Umlage	0,00	20.000,00	-50.000,00	-50.000,00	-30.000,00
Personal- und Sachkosten SGB II	0,00	10.000,00	20.000,00	30.000,00	30.000,00
<b>Ergebnis neuer Haushaltsentwurf</b>	<b>-1.380.722,00</b>	<b>-1.549.132,00</b>	<b>-2.398.560,00</b>	<b>-1.987.079,00</b>	<b>-3.763.433,00</b>

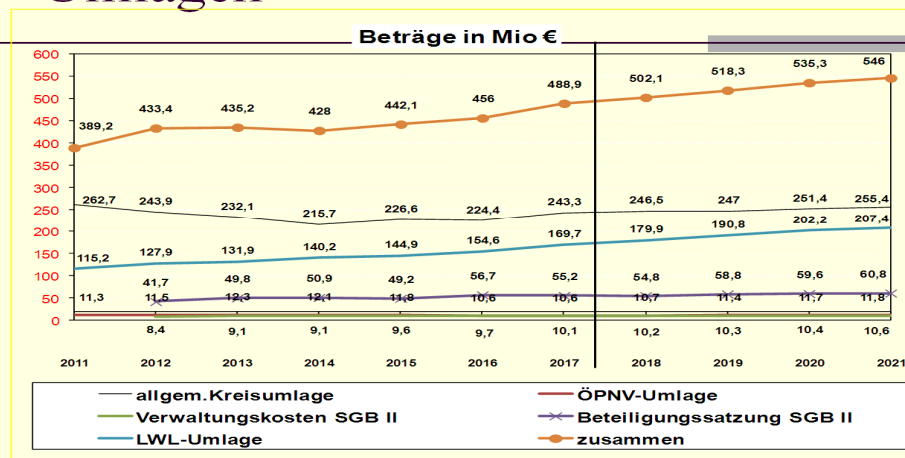
Hubert Große-Ruiken, 14.09.2016

16

Das, was wir in monatelangem Feinschliff erarbeitet haben, können wir in den Papierkorb werfen. Mit uns auch die meisten übrigen Städte im Kreis. Sie können sich vorstellen, wie die Konferenz am 06.09.2016 verlaufen ist. Die Bürgermeister und meine Kämmererkollegen waren sprachlos. Es herrschte Schockstarre und minutenlanges Schweigen im Raum.

## Folie 17

## Umlagen



Hubert Große-Ruiken, 14.09.2016

17

Um nun unseren Haushalt noch genehmigungsfähig zu machen, müssen wir in den nächsten zwei Monaten Millionenbeträge finden. Meine Damen und Herren, es fehlt mir momentan die Phantasie, wie das gehen soll.

Die Ursachen dieses Desasters liegen nicht in Recklinghausen. Sie sind in Münster, Düsseldorf und Berlin beheimatet.

In der schönen Stadt Münster sitzt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Dieser möchte die Umlage um satte 10,55% erhöhen, wobei die Erhöhungen in den Vorjahren ebenfalls bereits satt waren. Seit 2011 sind es 50% (!). Dagegen kann niemand ansparen! Natürlich muss der LWL das ausführen, was man sich in Berlin und Düsseldorf ausdenkt. Ich nenne das Pflegestärkungsgesetz, das Inklusionsstärkungsgesetz und das geplante Bundesteilhabegesetz. Das sind alles Leistungsgesetze mit neuen und vor allem höheren Standards, die Berlin und Düsseldorf nicht bezahlen, sondern wir. Aber der LWL ist auch Lobbyist. Wenn er argumentiert, dass die 5 Mrd.-Euro-Entlastung bei den Kommunen ankommt, aber eigentlich ihm zusteht, dann muss man wissen, dass die 5 Mrd.-Euro-Entlastung nicht für neue Leistungsgesetze oder einen Aufwuchs gedacht waren, sondern zur **Entlastung der Kommunen für bereits bestehende Leistungsgesetze der Behindertenhilfe, um die Fallsteigerungen zu kompensieren**.

Die Entlastung des Bundes, das kann man nicht leugnen, kommt tatsächlich bei allen Kommunen in Deutschland an. Die neuen Belastungen treffen aber längst nicht alle Kommunen. Denn in Bayern wird die Behindertenhilfe vom Land bezahlt, in NRW von den Kommunen. Fazit ist also: in NRW wie gewonnen so zerronnen, in Bayern erhalten die ohnehin besser gestellten Kommunen noch was drauf! Also in NRW Kommunalsteuern rauf, in Bayern Kommunalsteuern runter! Das ist Föderalismus, meine Damen und Herren.

Aber wir müssen auch eine andere Systemfrage stellen. Ich habe das Wort der Sozialindustrie verwendet. Damit meine ich die Anbieter der Hilfen für Behinderte, die alle sozial eingestellt sind. Man kann auch getrost die Anbieter der Kinder- und Jugendhilfe und Pflegeheime hinzunehmen. Diese Anbieter sind aber auch Gewerbebetriebe im ursprünglichen Sinne! Sie haben überhaupt kein Interesse daran, die Leistungen zu begrenzen, weil sich mit diesen Leistungen Geld verdienen lässt. Und: Mehr Leistung – mehr Verdienst! So handelt jeder vernünftig handelnde Kaufmann. Warum sollen Sozialanbieter anders handeln? Sie sind zudem gut organisiert und haben eine Marktstellung wie die großen Lebensmitteldiscounter!

Warum haben wir bei diesem System keine Bremsen eingebaut? Dafür gibt es einen einleuchtenden Grund. Die Gesellschaft hat die Kosten der Behindertenhilfe zum Tabu erklärt. Bei der Frage, ob man Standards oder Leistungen in der Behindertenhilfe verändert, kann man sich folglich nur die Finger verbrennen! Solange das aber so ist, wer-

den die Anbieter das ausnutzen und versuchen, die Tabus aufrecht zu erhalten bzw. immer noch mehr zu fordern. Wer macht sich schon selbst das Geschäftsmodell kaputt?

Wer es überhaupt wagt, an dem Tabuthema Behindertenhilfe zu rühren, betreibt schon sozialen Kahlschlag, so war unlängst zu lesen! In Wirklichkeit steckt Lobbyismus der Verbände und Anbieter mit Eigennutz dahinter! Und darüber müssen wir reden dürfen und auch reden müssen! Wir benötigen nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe neue Konzepte gegen den Kostenanstieg, sondern auch bei der Behindertenhilfe.

Ich bin auch völlig anderer Meinung als der frühere Direktor des LWL, Herr Kirsch, der es mal so formuliert hat: es geht nicht um die Diskussion über die Leistungen, sondern nur um die Frage, wer es bezahlt! Wenn diese Auffassung beim LWL nach wie vor gilt, müssen wir uns nicht wundern. Die Sozialanbieter werden weiter ungebremst zufassen, der LWL wird dem nicht wirksam entgegentreten und wir müssen nur noch schweigend das Scheckbuch herausholen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Behindertenhilfe ist facettenreich und es gibt durchaus Ansätze zum Sparen, ohne dass Behinderte darunter leiden oder sofort der Kahlschlag droht.

Wir müssen, und das sollten alle Akteure im Blick haben, aufpassen, dass wir die Solidarität der Steuerzahler mit den Bedürftigen nicht zerbrechen. Alles, was wir uns an Sozialstandards leisten, muss auch irgendwie bezahlt werden. In NRW bezahlen die Hauseigentümer und Mieter mit der Grundsteuer A und B die Zeche. Ich bin mir sicher: würde die Kostenlast den Bund oder das Land treffen, würde manche Entscheidung anders aussehen. Ich bin mir auch sicher, dass das Land NRW mit den Landschaftsverbänden anders umginge, wenn die Kosten das Land träfen und nicht die Kommunen.

Ich habe aber eine Hoffnung. Es sind nicht nur wir in Dorsten betroffen, sondern alle notleidenden Städte und Gemeinden in Westfalen-Lippe, merkwürdigerweise nicht im Rheinland. Wenn eine einzelne Gemeinde im Stärkungspakt umfällt, bewirkt das nichts; wenn aber die ganze Emscher-Lippe-Region wegen der LWL-Umlage umfällt, dürfte das Aufmerksamkeit erregen, zumal im nächsten Jahr auch Landtagswahlen sind.

Ein weiterer Kostentreiber im Kreishaushalt sind die Integrationshelfer. Hier gilt sinngemäß das gleiche. Manchmal frage ich mich, ob das Heer an Sozialarbeitern den Kin-

dern und Jugendlichen wirklich weiterhilft, oder ob sich hier etwas zum Selbstläufer entwickelt hat, den wir nicht mehr stoppen können. Wir schwächen permanent die Rolle der Lehrer, die ja auch einen Erziehungsauftrag haben, und wundern uns, wenn die Kinder und Jugendlichen ihnen dann auf dem Kopf herumtanzen und dann der Ruf nach einem Integrationshelfer erschallt.

Und die Inklusion tut auch hier ein Übriges. Das Land stattet die Schulen mit zu wenig sonderpädagogisch geschultem Personal aus; die Lehrerverbände wissen sich aber zu wehren und bedienen sich dann der Integrationshelfer, auf die es einen gesetzlichen Anspruch gibt, den nicht das Land zahlt, sondern wir!

Das Pflegestärkungsgesetz wirkt sich nicht nur beim LWL aus, sondern auch beim Kreis. Das Pflegewohngeld und die Hilfen zur Pflege steigen beim Kreis um 10% oder 4,5 Mio. €. Das alles ist sinnvoll und gewollt, aber muss auch bezahlt werden.

### **VIII. Wie geht es weiter?**

Wir stehen jetzt vor der Frage, meine Damen und Herren, was wir tun können, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes herzustellen. Denn wir benötigen sie dringend. Gelingt es uns nicht, im November einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen, hat das unangenehme Begleiterscheinungen. Wir stecken mitten in dem Projekt „Wir machen Mitte“. Müssen wir es stoppen?

Wir müssen das Investitionsförderungsgesetz und das Landesprogramm „Gute Schule 2020“ umsetzen. Dafür benötigen wir Personal, das wir nicht einstellen können, wenn wir keine Haushaltsgenehmigung haben.

Wie geht es weiter? Ehrlich gesagt: ich weiß es nicht. Es wird sicherlich in den nächsten Wochen intensive Gespräche geben, sei es mit dem LWL, der Bezirksregierung und dem Kreis. Ob und wie sich etwas bewegt, ist offen.

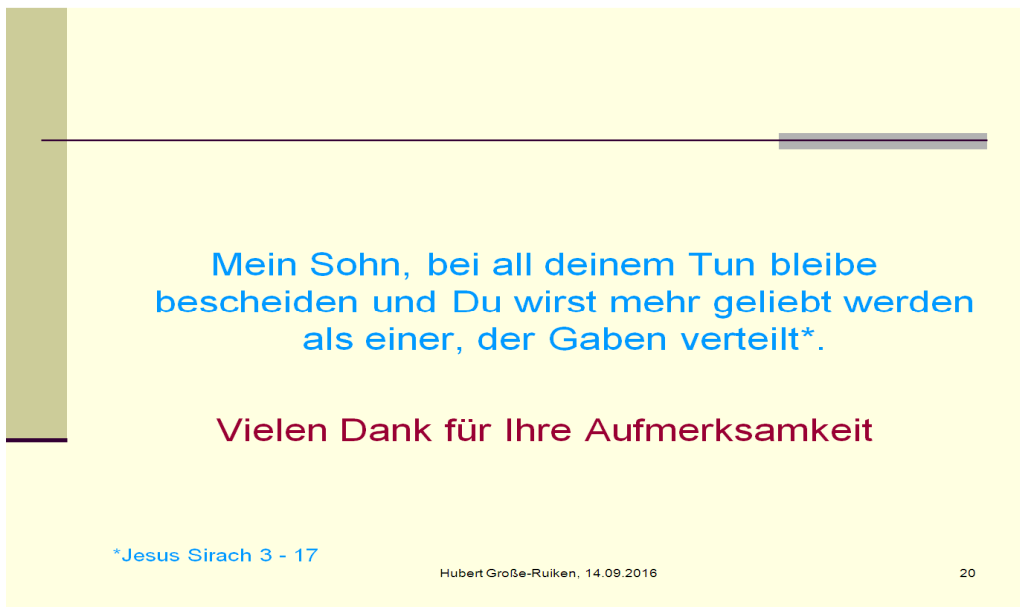
Möglicherweise ändern sich auch noch einige Rahmendaten und lassen Verbesserungen zu! Aber das reicht nicht! Wir brauchen kein Herumdoktern an den Symptomen, wir benötigen eine Trendwende bei den Sozialausgaben und deren Kommunalisierung.

Meine Bitte an Sie: Nutzen Sie Ihre Kontakte! Reden Sie mit den Vertretern in der Landschaftsversammlung, im Kreistag und auch mit den Wohlfahrtsverbänden. Reden

Sie mit Bundes-und Landtagsabgeordneten und alle die Personen, die Einfluss haben. Wir werden das ebenfalls tun! Wir haben den Haushalt, soweit wir ihn bestimmen können, in Ordnung gebracht. Wir sollten nicht tatenlos zusehen, wie andere ihn nun wieder gegen die Wand fahren.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus bedanken, die tagtäglich daran arbeiten, dass das Unternehmen Stadt trotz aller Schwierigkeiten gut funktioniert.

Für die undankbaren Aufgaben des Rates, des Bürgermeisters und Kämmerers einer gebeutelten Stadt habe ich ein Zitat gefunden, das aus der Bibel stammt. Jesus Sirach tröstet uns mit folgenden Worten:

**Folie 18**

Mein Sohn, bei all deinem Tun bleibe  
bescheiden und Du wirst mehr geliebt werden  
als einer, der Gaben verteilt\*.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

\*Jesus Sirach 3 - 17

Hubert Große-Ruiken, 14.09.2016

20